

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

SIEBTES JAHR

APRIL 1956

MAX GUSTAV LANGE

## Die Revision der sowjetischen Partei-Ideologie

*Der XX. Parteitag der KPdSU und die marxistisch-leninistische Theorie*

Auf dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der UdSSR vom 14. bis 20. Februar konkretisierte sich die nach dem Tode Stalins einsetzende Politik der „friedlichen Koexistenz“ in einer neuen „Generallinie“. Sie spiegelt eine Wendung wider, die um so größer zu sein scheint, als sie mit sensationellen Angriffen auf die Theorie und Praxis des vor wenigen Jahren noch schier allmächtigen Diktators verbunden ist. Von *Mikojan* unter Nennung des Namens, von *Chruschtschew* und anderen führenden Kommunisten ohne Namensnennung kritisiert, scheint Stalin heute nicht mehr zu den Heiligen des Kommunismus zu gehören. Aus der Fülle der auf dem Parteitag aufgeworfenen Probleme greifen wir nur diejenigen heraus, die sich auf ideologische Fragen beziehen. Da Theorie und Praxis des Kommunismus eng miteinander verbunden sind, verdienen solche Fragen nicht weniger Aufmerksamkeit als die der aktuellen Politik.

Wenn man die große Zahl der Ausführungen, die die Parteitagsredner der Ideologie und Wissenschaft gewidmet haben, ordnet, ergeben sich drei zu behandelnde Komplexe.

1. Die Revision marxistisch-leninistischer Theorien, die eng mit der Politik der „friedlichen Koexistenz“ verbunden sind und sich vornehmlich auf die westliche Welt beziehen.

2. Die mit der Distanzierung von dem „Persönlichkeitskult“ zusammenhängende Kritik wissenschaftlicher Leistungen.

3. Die Kritik, die auf die allgemeine Unzufriedenheit mit dem wissenschaftlichen Niveau sowjetischer Forschung in der Ära Stalins zurückgeführt werden kann.

Die wichtigste Quelle für die dem ersten Komplex entsprechenden Modifikationen der marxistisch-leninistischen Theorie ist die Rede N. S. Chruschtschews. In ihrem ersten Teil revidiert er die in der Ära Stalins herrschende Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus, die des Imperialismus und die der „sozialistischen“ Revolution. Seine Ausführungen sind vor allem von Mikojan ergänzt worden.

Durch die auf dem Parteitag in Erscheinung tretende Distanzierung von der Stalin-Ära kann man sich leicht verführen lassen, das Ausmaß der auf dem XX. Parteitag geübten Kritik an der Stalin-Version des Marxismus-Leninismus zu überschätzen. Es sollte zur Vorsicht mahnen, daß Chruschtschew die „ökonomische Lage in den Ländern des

Kapitalismus“ mit den üblichen theoretischen Hilfsmitteln des Marxismus-Leninismus charakterisiert. Er operiert sogar, wenn auch ohne Nennung des Namens, mit dem von Stalin im Jahre 1952 formulierten „Grundgesetz“ des Kapitalismus. Dieser Einstellung entspricht auch Chruschtschews Festhalten an der von Stalin inspirierten Theorie der allgemeinen Krise des Kapitalismus. Wohl stammen ihre Ansätze von Lenin, aber erst durch Stalin wurden sie zu einer selbständigen Theorie entwickelt.

Ganz im Stile der Stalin-Ära erklärt Chruschtschew: „Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich auch weiterhin. Der ungelöste Widerspruch des Kapitalismus — der Widerspruch zwischen den modernen Produktivkräften und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen — hat sich noch mehr verschärft.“ Dabei hält er daran fest, daß das „monopolistische Kapital“ die Staatsorgane „unmittelbar“ unterworfen hat und sie zwingt, die Wirtschaft im Interesse der Monopole zu „regulieren“. Indes: „Die Krisen liegen in der Natur des Kapitalismus, sie sind unvermeidlich.“ Nur in einem Punkte variiert Chruschtschew die schon traditionelle Theorie. Er lehnt nämlich die Vorstellung ab, die allgemeine Krise des Kapitalismus bedeute völlige Stagnation, Stillstand der Produktion und des technischen Fortschritts“. Ausdrücklich weist Chruschtschew auf das „industrielle Wachstum“ in den kapitalistischen Ländern nach dem ersten Weltkrieg hin. Das richtet sich unmittelbar gegen Stalins letzte Fassung der Lehre von der allgemeinen Krise. Hatte er doch in seiner 1952 geschriebenen Abhandlung „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR“ behauptet, daß der „Umfang der Produktion“ in den ausschlaggebenden kapitalistischen Ländern zurückgehen wird. Auch Lenins 1916 aufgestellte These, daß der Kapitalismus trotz seiner Fäulnis „im großen und ganzen schneller wächst als früher“, hatte Stalin als nicht mehr zutreffend abgelehnt.

Gleichwohl betrachten auch die neuen Machthaber das gegenwärtige Stadium des Kapitalismus als seine Verfallsperiode. Die Kritiker Stalins fordern lediglich, „die Leninsche These über die Fäulnis des Kapitalismus“ nicht zu simplifizieren. Sie halten es offenbar nicht für politisch klug, mit den statistisch festliegenden Tatsachen in der bisher üblichen Weise umzuspringen. Ihre *Interpretation* dieser Tatsachen erfolgt jedoch — das sei nochmals betont — im Rahmen des unter Stalin geformten Theoriegefüges. Chruschtschew versucht demgemäß nachzuweisen, daß das „industrielle Wachstum“ nur auf eine Reihe stimulierender Faktoren zurückgehe, deren Wirksamkeit sich ihren Grenzen nähere. Dennoch ist die Bereitschaft erkennbar, sich stärker an den empirischen Tatsachen zu orientieren als bisher. Das aber dürfte der kommunistischen Propaganda zugute kommen. Sie ist nicht mehr verpflichtet, die Lage des gegenwärtigen Kapitalismus nur negativ zu behandeln. Nunmehr kann sie die obligatorische Schwarzmalerei mit hellen Tupfen versehen und damit unter günstigen Umständen ihre Wirkungskraft verstärken.

Dieselbe Wendigkeit beweist die „kollektive Führung“ bei der Behandlung des Leitsatzes, daß Kriege unvermeidlich sind, solange es den Imperialismus gibt. Auch in diesem Fall ist kein radikaler Bruch mit dem Stalinismus konstatierbar. Chruschtschew hält so an der bisher geltenden theoretischen Grundlage dieses Satzes fest, wenn er mit Stalin behauptet, die Tendenz zum Kriege sei in der ökonomischen Struktur des Imperialismus angelegt. Daneben aber bringt Chruschtschew — darin besteht die Revision — die Macht des „Friedenslagers“ und der „Arbeiterbewegung“ als Gegentendenz ins Spiel: „Heute existieren mächtige gesellschaftliche und politische Kräfte, die über bedeutende Mittel verfügen, um die Entfesselung eines Krieges durch die Imperialisten nicht zuzulassen . . .“ Ähnliches hat auch Mikojan behauptet.

Die Technik, die Chruschtschew bei dieser Modifikation einer These anwendet, entspricht den herkömmlichen Verfahrensweisen der Marxisten-Leninisten. Stalin selbst hat es sehr häufig vorexerziert, wie man überlieferte marxistische Leitsätze und Theoreme durch den Hinweis auf geschichtliche oder gesellschaftliche Veränderungen abwandelt.

Wie aber sind nun die Modifikationen der Theorie der „sozialistischen“ Revolution zu beurteilen? Die bisherige kommunistische Revolutionstheorie behauptete, der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus sei nur mit Hilfe des bewaffneten Aufstandes, der die bürokratisch-militärische Staatsmaschine zu zerschlagen habe, zu bewerkstelligen. Nunmehr werden verschiedene solcher Wege zum Sozialismus zugestanden, darunter auch der „friedliche“ parlamentarische Weg.

Ihre neue theoretische Position versuchen Chruschtschew und Mikojan auf verschiedene Weise zu begründen; so berufen sie sich auf Ausführungen von Marx und Lenin und auf die „Erfahrungen des Sieges der sozialistischen Revolution in mehr als zehn Ländern“. Ausschlaggebend ist jedoch der mit einer kurzen Charakteristik der Mechanik der Revolution verbundene Hinweis auf die grundlegend veränderten historischen Verhältnisse. „Hauptfaktor der grundlegenden Veränderungen in der internationalen Lage ist die Entstehung, das Wachstum und die Festigung des mächtigen Lagers des Sozialismus“, sagt Mikojan. Diese Macht im Hintergrund verschiebe das Verhältnis der Klassenkräfte zugunsten der revolutionären Arbeiterklasse. Bei genügender Stärke und Organisiertheit, ausgestattet mit dem entsprechenden Klassenbewußtsein, erhalte die Arbeiterklasse nun die Möglichkeit, die Mehrheit des Volkes unter seiner Führung zusammenzuschließen und ohne Bürgerkrieg an die Macht zu kommen. Nur wo die Bourgeoisie über einen starken Militär- und Polizeiapparat verfüge, werde wahrscheinlich ein bewaffneter Kampf erforderlich sein. Die Analyse wird, wie wir sehen, mit den üblichen, der Stalin-Version des Leninismus entsprechenden Begriffen durchgeführt. Keine Spur eines vertieften Verständnisses der politisch-sozialen Situation der kapitalistischen Länder ist erkennbar.

Der politische Gehalt dieser Theorie vom friedlichen Weg zum Sozialismus läßt sich aus Mikojans Polemik gegen den „Reformismus“ ableiten. Den Versuch, auf dem revolutionären Wege „irgendwann einmal“ zum Sozialismus zu gelangen, sieht er als Volksbetrug an. Die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus sei immer ein revolutionärer Sprung. „Man darf nie vergessen“, sagt Mikojan, „daß die Revolution, gleichviel, ob friedlich oder nicht friedlich, stets eine Revolution sein wird. ..“ Ein „revolutionärer Sprung“ liegt nach seiner Auffassung nur dann vor, wenn die sozialistische Regierung sich nicht mit Reformen begnügt, sondern die „Macht“ in ihre Hände nimmt bzw. die staatliche Leitung der Gesellschaft von der Arbeiterklasse übernommen und das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln beseitigt wird.

Diese Ausführungen Mikojans entsprechen — von der Betonung des friedlichen Weges abgesehen — den traditionellen politischen Theorien des Stalinismus. Hinter ihnen steht die Identifizierung des kommunistischen Totalitarismus mit dem Sozialismus, steht weiterhin die leninistische Parteitheorie. In Chruschtschows Rede ist zu lesen: „Bei allen Formen des Übergangs zum Sozialismus ist die politische Führung durch die Arbeiterklasse mit ihrem Vortrupp an der Spitze die unerläßliche und entscheidende Bedingung.“ Das beste Modell einer Revolution auf friedlichem Wege, wie sie sich die Kommunisten vorstellen, ist die Revolution in der Tschechoslowakei. Von ihr sagt Mikojan: „... Die Kommunisten kamen an die Macht, nachdem sie nicht nur mit den ihnen nahestehenden Parteien der Werktätigen, sondern auch mit den bürgerlichen Parteien, die die Gesamtnationale Front unterstützten, ein Bündnis geschlossen hatten.“ Der „revolutionäre Sprung“ soll nach dem Willen der Kommunisten offenbar auf jedem Wege zum kommunistischen Totalitarismus führen. Die von der „kollektiven Führung“ angebahnte „Freundschaft“ mit Jugoslawien widerspricht dem nicht. Sie läßt nur erkennen, daß die Sowjetunion bei entsprechenden Machtkonstellationen bereit ist, einen „sozialistischen“ Staat auch dann anzuerkennen, wenn die Versuche, ihn in einen Satellitenstaat zu verwandeln, gescheitert sind.

Dennoch sollte man die politische Bedeutung dieser wohl bedeutendsten der behandelten Veränderungen des alten Theorienbestandes nicht zu gering veranschlagen. Mit der Theorie von den mannigfaltigen Wegen zum Sozialismus kann das Werben um die „Einheit der Arbeiterklasse“ und eine mögliche Neuauflage der Volksfrontpolitik theoretisch besser begründet werden, als es bisher möglich war. Der Kommunismus hält dabei zwei Trümpfe in der Hinterhand: die straffe Organisation der kommunistischen Kaderparteien und die große Macht der Sowjetunion und ihrer Verbündeten.

Es ist psychologisch verständlich, daß die Männer, die unter Stalin die höchsten Funktionen bekleideten, sich von ihm zu distanzieren versuchen. Allzu häufig dürften sie seine harte Faust im Nacken gespürt haben. Dennoch ist die politisch sehr bedeutsame Absage an den „Persönlichkeitskult“ nur eine Rationalisierung der augenblicklichen Machtverhältnisse in den führenden Gremien der sowjetischen KP. Erst die nächsten Jahre werden erkennen lassen, ob die „kollektive Führung“ Dauer und Bestand hat.

Die aus der Ablehnung des Personenkultes erwachsene Kritik an der sowjetischen Wissenschaft hat in der Presse der ganzen Welt eine Sensation hervorgerufen. Seit 1938 ist die unter Stalins Kontrolle entstandene „Geschichte der KPdSU“ die wichtigste Grundlage für die kommunistische Schulung gewesen. Nun wird dem „Kurzen Lehrgang“ Unwissenschaftlichkeit, ja Fälschung der Tatsachen vorgeworfen. Die Historikerin *Pankratowa* beanstandet u. a., daß dieses Lehrbuch in Abweichung vom Marxismus die historischen Ereignisse subjektivistisch zu erklären versuche, also das Handeln dieser oder jener Personen für Sieg und Niederlage verantwortlich mache. Vermißt wird eine ausreichende Darstellung der Leistungen Lenins, der „alten Bolschewisten“ usw. Auch das von Stalin beeinflusste „Lehrbuch für politische Ökonomie“ hat schlechte Zensuren erhalten. Widerspruch ist weiterhin gegen die von Stalin inspirierte positive Beurteilung der Eroberungspolitik des Zarismus angemeldet worden. Die Liste der kritischen Ausstellungen am Stand der wissenschaftlichen Forschung in der Sowjetunion ließe sich noch erheblich verlängern. Wir wollen davon absehen, da die einzelnen Beanstandungen wissenschaftlicher Leistungen im Grunde genommen nur ein besonderer Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem „ideologischen Niveau“ des sowjetischen Wissenschaftsbetriebes — abgesehen von den Naturwissenschaften — sind. Dabei machen sich Impulse bemerkbar, die verdienen, mehr berücksichtigt zu werden als die einzelnen noch recht unbestimmten Bemängelungen. Diese Impulse betreffen die Einstellung zu den Tatsachen, das Verhältnis von Wissenschaft und Propaganda und die „Anwendung“ der marxistisch-leninistischen Theorie. Welche Chancen haben die entsprechenden Bestrebungen?

Von verschiedenen Rednern des Parteitages ist die Zitatkrankheit, die Buchstabengelehrsamkeit, der „Talmudismus“ und Dogmatismus der sowjetischen Wissenschaftler kritisiert worden. Auch das gab es schon unter Stalin. In den Diskussionen über seine 1950 erschienene Broschüre „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ war es Mode, über das häufige Zitieren von Autoritäten zu wettern. Auch damals sollte die Praxis das Kriterium der Wahrheit sein, nicht die Entscheidung einer Autorität. Es hat wenig genutzt. Es muß jedoch zugegeben werden, daß die entsprechenden Äußerungen auf dem Parteitag ernster zu nehmen sind als jene Äußerungen zu Stalins Zeiten. Mikojan und die *Pankratowa* fordern in diesem Zusammenhang ein ernsthaftes Studium der Tatsachen und Zahlen, ein tieferes Eindringen in die sachlichen Zusammenhänge und den Verzicht auf jede Schönfärberei. Dieselbe Tendenz lassen alle Ausführungen erkennen, die sich aus der engen Verbindung der kommunistischen Propaganda und Agitation mit der Wissenschaft ergeben. Mikojan bemerkte ganz treffend: „Wir begnügen uns oftmals damit, daß wir zu Agitationszwecken einzelne Tatsachen... herausgreifen,

## REVISION DER SOWJETISCHEN PARTEIIDEOLOGIE

aber wir geben keine umfassende und tiefgründige Einschätzung...“ Es ist ebenso treffend, wenn die Pankratowa von „konjunkturhaften Geschichtsbetrachtungen“ spricht, die sich der jeweiligen Situation anpassen. Wie aber können diese „Mängel“ überwunden werden? Gehört nicht das Umschlagen der Seinsinterpretation in Textinterpretation zu den unabdingbaren Wesensmerkmalen marxistisch-leninistischer Wissenschaft? Welche Chancen besitzen die Forderungen, sich mehr als bisher an den „konkreten Tatsachen“ zu orientieren?, um diese Fragen beantworten zu können, müssen wir zunächst einige Merkmale der kommunistischen Ideologie und Wissenschaft herausarbeiten.

Auf dem XX. Parteitag wurde sowohl die „ideologische Arbeit“ als auch die „sowjetische Wissenschaft“ kritisiert. Beide Begriffe kennzeichnen das für den kommunistischen Totalitarismus typische System der Wissenschaften. Sein Kern ist die Parteiideologie, die „Wissenschaft des Marxismus-Leninismus“. Unter dem Begriff sowjetische Wissenschaft bzw. Sowjetwissenschaft werden dann jene Wissenschaften zusammengefaßt, die aus dem traditionellen abendländischen Wissenschaftsbetrieb erwachsen sind. Die sowjetische Wissenschaftstheorie pflegt sie in zwei Wissenschaftsgruppen aufzuteilen und unterscheidet zwischen Natur- und Gesellschaftswissenschaften. Diese Elemente des sowjetischen Wissenschaftssystems stehen indes nicht isoliert nebeneinander. Die sowjetischen Wissenschaftler sind vielmehr verpflichtet, die Monopolstellung der marxistisch-leninistischen Theorie zu akzeptieren. Das bedeutet: die wissenschaftliche Forschung hat das philosophische Weltauslegungsschema, die obersten Wertsetzungen, die dialektischen Erkenntnismethoden, die Theorien der Geschichte, der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Staates, die insgesamt vom Marxismus-Leninismus präsentiert werden, als obligatorische Voraussetzungen ihrer Arbeit hinzunehmen. Diese Bindung betrifft in erster Linie die Gesellschaftswissenschaften; dabei insbesondere die Wissenschaften von der Geschichte, der Wirtschaft und dem Staat. Vollkommen durchdrungen von leninistischen Prinzipien und Gedanken bilden ihre Aussagensysteme mit denen der Parteiwissenschaft ein einheitliches System des Wissens. Die sowjetischen Naturwissenschaften haben, wenn man den Lyssenko-Komplex ausklammert, im Unterschied zu den Gesellschaftswissenschaften, den Kontakt mit der internationalen Forschung gewahrt. Es gehört jedenfalls nicht zu den Zielen der sowjetischen Wissenschaft, der „bürgerlichen“ Physik eine „sozialistische“ gegenüberzustellen. Das verbietet schon die von der totalitären Diktatur forcierte Industrialisierung des Landes.

Die Tatsache nun, daß der Parteitag der KPdSU zu Fragen der Wissenschaft Stellung nimmt, sie kritisiert und ihr sogar Direktiven erteilt, verrät uns, daß der kommunistische Totalitarismus ein System der Lenkung des Wissenschaftsbetriebes entwickelt hat, das sich radikal von dem demokratischer Staaten unterscheidet. An die Stelle der Konkurrenz der wissenschaftlichen Standpunkte ist die von den Inhabern der politischen Macht getretene Kontrolle der Wissenschaften auf der Basis der Monopolstellung des Marxismus-Leninismus getreten. Ein kompliziertes System von Institutionen ist in der Ära Stalins geschaffen worden, um die „Reinheit“ der wissenschaftlichen Lehre und ihre Verwendung als Instrument der totalitären Diktatur sicherzustellen. Die Folge ist eine totale Politisierung der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung. Die kommunistischen Theoretiker sind weit entfernt davon, diese Politisierung zu leugnen; sie fordern ausdrücklich die Einheit von Wissenschaft und Politik und die Parteilichkeit wissenschaftlichen Denkens. Wissenschaft soll nur in entschiedener Parteinahme für das bestehende totalitäre System, also in der Identifizierung mit der jeweiligen Generallinie, betrieben werden. Nur dann habe sie überhaupt die Chance, die objektive Wahrheit zu erkennen.

Trotz der auf dem Parteitag geübten Kritik sind die sowjetischen Gesellschaftswissenschaften auch nach dem XX. Parteitag verpflichtet, bei ihren Analysen von der marxistisch-leninistischen Theorie auszugehen. Sie stehen auch weiterhin vor der Aufgabe, diese „Theorie“ und keine andere „anzuwenden“. Im Unterschied zur traditionellen Wissenschaft haben sie auch weiterhin nicht die Befugnis, die marxistisch-leninistischen Theorien und die mit ihnen gegebenen Aspekte und Problemstellungen zu ändern. Das bleibt auch in Zukunft den politischen Machthabern vorbehalten. Auch die „kollektive Führung“ kann es sich nicht gestatten, die Grundlagen des sowjetischen Wissenschaftsbetriebes unkontrolliert zu lassen; sie müßte sonst damit rechnen, daß sie die Wissenschaft sehr bald nicht mehr als Instrument zur Sicherung ihrer Macht einsetzen könnte. Ob ein Mann oder eine Gruppe herrscht: die totalitäre Diktatur ist auf eine einheitliche Wissenschaft angewiesen, die die bestehende Ordnung rechtfertigt, die Parteigänger „anleitet“ und die „Klassenfeinde“ entmutigt.

Es lassen sich auch keine Anzeichen entdecken, daß die führenden Männer eine grundlegende Revision der marxistisch-leninistischen Theorie im Auge haben. Mikojan erklärte vielmehr, „der Lauf der Geschichte besagt, daß alle grundsätzlichen Thesen des Marxismus-Leninismus auch in der gegebenen Entwicklungsetappe des Imperialismus unverändert eine Bestätigung finden“. *Jürgen Kuczynski*, Professor an der Humboldt-Universität in Ost-Berlin, spricht bei den Erörterungen der Lehren des XX. Parteitages von den „Grundlehren“ des Marxismus-Leninismus, „die immer und überall“ gelten („Neues Deutschland“ vom 11. März 1956). Mit den Grundlehren dürfte er vor allem den dialektischen und historischen Materialismus, die ökonomischen Lehren von Marx und die marxistische Staatstheorie meinen. Die zu erwartende Ausschaltung mancher spezieller Zitate Stalins zu den Lehren des Marxismus-Leninismus wird keine wesentliche Änderung des Aussagenbestandes der „Grundlehren“ mit sich bringen. Auch der neu belebte Leninkult — offenbar der Ersatz für den Stalinkult — läßt darauf schließen. Denn die von den Stalinisten praktizierte Verwandlung des wissenschaftlichen Denkens in eine Waffe der Parteiführung geht auf Lenin zurück. Der auf dem Parteitag erkennbare Versuch, Lenins Autorität für die theoretischen Ambitionen der „kollektiven Führung“ zu mobilisieren, zeugt nicht gerade für die Chancen des Kampfes gegen die Zitatekrankheit und den „Talmudismus“. Wie sollen sie überwunden werden, wenn die Wissenschaftler nur die marxistisch-leninistischen Theorien „anzuwenden“ haben?

Mit diesen Ausführungen soll nicht behauptet werden, daß alles beim alten bleibt. Ebenso wie es Stalin selbst möglich war, den Marxismus-Leninismus laufend den geschichtlichen und gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen, wenn ein politisches Interesse es gebot, wird es auch den neuen Männern möglich sein. Darüber hinaus ist es durchaus möglich, im Rahmen der totalitären Wissenschaft die „Anwendung“ der leninistischen Theorie differenzierter zu gestalten. In der Stalin-Ära erfolgte sie wirklich in äußerst primitiven Formen. Die Gelehrten begnügten sich damit, die obligatorischen Leitsätze und Theorien durch ausgesuchte Tatsachen des jeweiligen Gegenstandes der Forschung zu illustrieren, und verlernten es, objektive Analysen durchzuführen. Der Apparat ihrer Forschung blieb selbst hinter der schon von Marx vor fast hundert Jahren erreichten Höhe zurück. Die modernen Methoden sozialwissenschaftlicher Forschung, die in der westlichen Welt erarbeitet wurden, durften von der Sowjetwissenschaft nicht berücksichtigt werden. Es ist durchaus denkbar, daß die sowjetischen Forscher in Zukunft weniger schematisch arbeiten, bei der „Anwendung“ der Grundlehren mehr in die Tiefe gehen, die besonderen Züge einzelner geschichtlicher Situationen eingehender herausarbeiten, die Tatsachen weniger grob fälschen. Vielleicht lösen sie sich auch von dem schwerfälligen Stil Stalins und behandeln ihre Probleme interessanter als bisher. Wahrscheinlich werden die „bürgerlichen“ Gesellschaftswissenschaften nicht mehr en bloc als reaktionär abgelehnt und diese oder jene Wissenschaftler als „fortschrittlich“ anerkannt.

## REVISION DER SOWJETISCHEN PARTEIIDEOLOGIE

Diese von uns zugestandenen Möglichkeiten einer Hebung des ideologischen Niveaus aber bedeuten keinen radikalen Bruch mit der Stalin-Version des Marxismus-Leninismus. Man kann sogar behaupten: die entsprechenden Bemühungen werden im Rahmen der Stalin-Version des Marxismus-Leninismus in der Form der oben gekennzeichneten Revisionen erfolgen und setzen die von Stalin geschaffene Institutionalisierung der Wissenschaft voraus. Dabei sollte man nicht vergessen, daß für die von Stalin erzwungene Verwandlung der Wissenschaft in eine Magd der Politik ein Preis zu zahlen war. Er ist in dem primitiven wissenschaftlichen Niveau der sowjetischen gesellschaftswissenschaftlichen Forschung zu sehen. Alle Bestrebungen nach einer stärkeren Berücksichtigung der konkreten Tatsachen stoßen auf die vom marxistisch-leninistischen Prinzip der Parteilichkeit des Denkens vermittelte Grenze. Es ist eine neue Form der Mystik, daß die Wissenschaft, die sich mit dem kommunistischen Totalitarismus in der jeweilig von der Generallinie vorgeschriebenen Form identifiziert, über die besten Erkenntnischancen verfügt.